Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 66 (1972)
Heft: 4

Artikel: Zur Stockholmer Konferenz
Autor: [s.n.]
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-142035

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Zur Stockholmer Konferenz

Die auf den Juni dieses Jahres angesetzte UNO-Konferenz für Umweltschutz ist gefährdet. Die Sowjetunion und andere kommunistische Länder drohen mit Nicht-Teilnahme, falls der DDR nicht die Rechte einer souveränen Nation zuerkannt werden. Dabei sind die Vorbereitungen sozusagen vollständig. Das Sekretariat hat die grundlegenden Verhandlungsthemen ausgearbeitet. Sie heißen: Siedlungen, Verwendung (management) der Hilfsquellen, Verschmutzung, Erziehung und Information, Entwicklung und Umwelt, Organisatorische Schlußfolgerungen.

Da die DDR wahrscheinlich bald volle Mitgliedschaft bei den Vereinten Nationen erlangen wird und Frankreich, die USA und vor allem Schweden sich kaum damit abfinden werden, daß die Kalten Krieger der Bundesrepublik Deutschland das letzte Wort in der Angelegenheit haben, dürfte das diplomatische Hindernis doch noch irgendwie überwunden werden. Es bleiben andere Hürden, die schwer genug zu nehmen sind. Denken wir nur daran, wie schwer es sein muß, die Interessen oder vermeintlichen Interessen von etwa hundert Staaten unter einen Hut zu bringen. Da ist am einen Pol Schweden, das 1969 ein Gesetz für den Schutz der Umwelt (Environment Protection Law) annahm und damit den bis jetzt weitesten Vorstoß für die Wiederherstellung einer menschenfreundlichen Umwelt machte. Es besteht in Schweden eine Behörde, die Lizenzen für die Einführung neuer Industrien gewährt — oder vorenthält — falls nicht Garantien gegeben werden, daß solche Entwicklungen für die Umwelt harmlos sind. Regierung und Industrie arbeiten nach diesem System Hand in Hand, so daß Sanktionen für eine Schädigung der Umwelt voraussichtlich gar nicht nötig werden. Als Initianten und Gastgeber der Konferenz sind die Schweden wohl in der Lage, ihrer Auffassung volles Gewicht zu geben.

Anderseits sehen die wenigsten unterentwickelten Völker in der Umweltschädigung (pollution) eine wirkliche Gefahr. An einer Konferenz in Lima (1971), die 77 Vertreter von «Unterentwickelten» vereinigte, wurde nach «Science» (12. Februar 1972) Pollution nur ein einziges Mal erwähnt. Der Außenminister Brasiliens gab zu, daß Unterentwicklung ihre eigenen Probleme hat — Mexico City z. B. hält den 7. Rang unter den verschmutzten Städten der Welt — er behauptete aber, Pollution in unterentwickelten Ländern sei nur lokal anzutreffen und gehe auf den Mangel an Ressourcen zurück, während der «andere Typus der Verschmutzung, der in seiner globalen Wirkung unendlich viel schädlicher sei, als Nebenprodukt der intensiven industriellen Tätigkeit in den hoch entwickelten Ländern bezeichnet werden müsse».

Wie immer man seine Argumentation einschätzt, sie findet in den zurückgebliebenen Völkern Glauben. Man kann darauf zählen, daß in

Stockholm die Vertreter der «Unterentwickelten» jedem Verbot des Gebrauchs von DDT z. B. schärfsten Widerstand entgegensetzen werden. An einer Vorkonferenz in Finnland, Iyväskylä (18. Okt. 1971) warnten Delegierte aus diesen Ländern sogar, sie würden ein solches Verbot als Genocide (Völkermord) bezeichnen. (DDT ist das wirksamste Mittel gegen Malaria. D. Ü.) Was die Aufstellung anderer, global anzuwendender Gesetze über Pollution angehe, erklärten sie, solche seien nur ein Mittel, die Unterentwicklung fortbestehen zu lassen, indem sie die Industrialisierung und das wirtschaftliche Wachstum der Dritten Welt unterbinden. Konflikte dieser Art sind vorauszusehen. Manche Umweltschützer (Environmentalists) sehen einen Mißerfolg der Konferenz schon darin, daß man die «Bevölkerungsexplosion» in der Dritten Welt nicht auf die Traktandenliste setzen konnte. Dies war nämlich der Preis, den die Veranstalter zahlen mußten, um die Vertreter der unterentwickelten Völker überhaupt an eine Konferenz zu bringen, die ihnen nicht liegt.

Was weniger leicht vorauszusehen sein dürfte, ist die Haltung der einzelnen Staaten der industrialisierten Welt. Zu erwarten ist ein großer Gegensatz zwischen den USA, die eine sehr düstere Prognose der Umweltentwicklung vertreten und den europäischen Staaten. Man muß vor allem feststellen, daß ungefähr jede dieser Nationen versuchen wird, Projekte, die ihren Interessen oder ihrer sogenannten nationalen «Sicherheit» dienen, von der Behandlung auszuklammern. Las man nicht noch in den letzten Tagen von Atomtests in der Atmosphäre, die ein Mitglied der Stockholmer Konferenz, Frankreich, in Aussicht stellt. Oder von der Versenkung von Giftgasgranaten in der Nordsee, wie sie Belgien ankündigt (NZZ, 30. März 1972). Doch wozu weitere Beispiele von Mißachtung der primitivsten Regeln erwähnen, wir sehen sie ja jeden Tag vor unseren Augen. Wie der Generalsekretär der Stockholmer Konferenz, Maurice Strong, es ausdrückte: «Gegenüber den Forderungen des Umweltschutzes sind wir alle gleich — alle unterentwickelt». Zum Teil rührt das daher, daß auf dem Gebiet der zerstörenden Einwirkung des Menschen auf seine Umgebung noch so vieles unbekannt ist. Die Konferenz wird darum, muß man hoffen, dazu beitragen, daß viele Länder Probleme der Umweltschonung gründlicher erforschen, und bereit sein werden, die hergebrachten ökonomischen Grundsätze eines unbeschränkten Wachstums der Wirtschaft, Ausdehnung und Beschleunigung des Verkehrs, Steigerung des Konsums durch übertriebene Werbung einer erneuten Prüfung zu unterziehen. Wir machten in der Märznummer der «Neuen Wege» auf eine Diskussionsgrundlage (Ein Plan zum Überleben) aufmerksam, wie sie von ersten Forschern, Ökologen, Wirtschaftswissenschaftern und Soziologen ausgearbeitet wurde. Die Forderungen jenes Planes sind so weitreichend und drastisch, daß sie noch jahrelanger Erörterungen und Vereinbarungen zwischen den Wirtschafts-

partnern bedürfen und selbst dann mit demokratischen Methoden fast undurchführbar erscheinen. Es ist möglich, daß ein Volk wie das chinesische, das 1949 von einem absoluten Nullpunkt ausgehend, seine Existenz aufbauen mußte, die Lebensweise, wie sie der Plan vorsieht, als ihrer Entwicklungsstufe gemäß empfindet. Der industrialisierte Westen wird sich, bis ihm das Wasser am Halse steht, gegen diese Umstellung wehren.

Von der Stockholmer Konferenz, meinen Optimisten, seien am ehesten gewisse Vereinbarungen über die Reinhaltung der Ozeane zu erwarten, einmal weil das Problem ohne Zweifel nur international in Angriff genommen werden kann, und zum zweiten, weil man spürt, daß die Reinhaltung der Meere als potentielle Nahrungsspender eine gemeinsame Angelegenheit darstellt. Vereinbarungen dieser Art mögen einst ausmünden in eine Charta der Umwelterhaltung, wie wir eine Charta der Menschenrechte kennen (die die Schweiz vielleicht auch einmal ratifizieren wird! Red.). Das Beste wird sein, daß man an seiner Stelle, im eigenen Land, für die Einhaltung solcher Vereinbarungen sich einsetzt, anstatt die Bemühungen der UNO herabzusetzen und zu verhöhnen. Den Schweden jedenfalls gebührt Dank und Anerkennung für ihre Arbeit und vor allem für die praktischen Folgerungen, die sie aus ihrer Auffassung von Umweltschutz ziehen. Red.

Gewalt von Staats wegen

Ein amerikanischer Priester und Jurist, Rev. Edward Lockwood, hat kürzlich im Auftrag des «Nationalen Konzils der Kirchen in USA» Südafrika besucht, um bei zwei Gerichtsverhandlungen anwesend zu sein. In einer Erklärung «Wer sind die Terroristen?» diskutiert er ausführlich die Maschinerie staatlicher Gewaltanwendung. Er sagt: «Damit die Staatsanwaltschaft eine unanfechtbare Anklage konstruieren kann, erlaubt das Gesetz die unbegrenzte Gefangenhaltung verhafteter Personen und verweigert den Verhafteten jeden Zugang zu juristischer Hilfe oder Erleichterung. Es ist jetzt durch die Aussagen früherer Gefangener weithin bekannt, daß die Sicherheitspolizei bei ihren Untersuchungen raffinierte Methoden psychologischer Grausamkeit und körperlicher Brutalität anwendet. Sie bestehen in Einzelhaft, systematischer Störung des Schlafes, persönlicher Demütigung. Sie zwingt Gefangene, stundenlang auf einem einzelnen Stein zu stehen, auf einem nicht vorhandenen Stuhl zu sitzen. Sie hängt sie mit Handschellen an einem Baum auf, sperrt sie vierundzwanzig Stunden lang in ein überheiztes Zimmer